

**VEREINTE
NATIONEN**

Verteilung
ALLGEMEIN

Generalversammlung

A/RES/52/250
13. Juli 1998

Zweiundfünfzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 36

RESOLUTION DER GENERALVERSAMMLUNG

[ohne Überweisung an einen Hauptausschuß
(A/52/L.53/Rev.2 und Add.1)]

52/250. Teilnahme Palästinas an der Tätigkeit der Vereinten Nationen

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 181 (II) vom 29. November 1947, in der sie unter anderem die Teilung Palästinas in einen jüdischen Staat und einen arabischen Staat mit Jerusalem als *corpus separatum* empfahl,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolution 3237 (XXIX) vom 22. November 1974, mit der sie der Palästinensischen Befreiungsorganisation Beobachterstatus gewährt hat,

ferner unter Hinweis auf ihre unter dem Punkt "Beobachterstatus der von der Organisation der afrikanischen Einheit und/oder der Liga der arabischen Staaten anerkannten nationalen Befreiungsbewegungen" verabschiedete Resolution 43/160 A vom 9. Dezember 1988, in der sie beschloß, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation das Recht hat, ihre Mitteilungen als offizielle Dokumente der Vereinten Nationen veröffentlichen und verteilen zu lassen,

unter Hinweis auf ihre Resolution 43/177 vom 15. Dezember 1988, in der sie die Proklamation des Staates Palästina durch den Palästinensischen Nationalrat am 15. November 1988 zur Kenntnis nahm und beschloß, daß im System der Vereinten Nationen die Bezeichnung "Palästina" anstelle der Bezeichnung "Palästinensische Befreiungsorganisation" benutzt werden soll,

sowie unter Hinweis auf ihre Resolutionen 49/12 A vom 9. November 1994 und 49/12 B vom 24. Mai 1995, mit denen unter anderem die Regelungen für die Sondergedenksitzung der Generalversammlung anlässlich des fünfzigsten Jahrestags der Vereinten Nationen neben allen Mitgliedstaaten und Beobachterstaaten auch auf Palästina in seiner Eigenschaft als Beobachter ausgedehnt wurden, so auch bei der Aufstellung der Rednerliste für die Gedenksitzung,

ferner unter Hinweis darauf, daß Palästina der Gruppe der asiatischen Staaten und der Wirtschafts- und Sozialkommission für Westasien als Vollmitglied angehört,

in Kenntnis dessen, daß Palästina der Liga der arabischen Staaten, der Bewegung der nichtgebundenen Länder, der Organisation der Islamischen Konferenz und der Gruppe der 77 und China als Vollmitglied angehört,

sowie in Kenntnis dessen, daß am 20. Januar 1996 allgemeine demokratische palästinensische Wahlen abgehalten wurden und daß auf einem Teil des besetzten palästinensischen Gebiets die Palästinensische Behörde errichtet wurde,

in dem Wunsche, zur Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes beizutragen und auf diese Weise einen gerechten und umfassenden Frieden im Nahen Osten herbeizuführen,

1. *beschließt*, Palästina in seiner Eigenschaft als Beobachter die in der Anlage zu dieser Resolution aufgeführten zusätzlichen Rechte und Vorrechte für die Teilnahme an den Tagungen und der Tätigkeit der Generalversammlung und den unter der Schirmherrschaft der Versammlung oder anderer Organe der Vereinten Nationen einberufenen internationalen Konferenzen sowie an den Konferenzen der Vereinten Nationen zu gewähren;

2. *ersucht* den Generalsekretär, die Generalversammlung auf der laufenden Tagung über die Durchführung der in der Anlage zu dieser Resolutionen aufgeführten Modalitäten zu unterrichten.

89. Plenarsitzung
7. Juli 1998

ANLAGE

Die zusätzlichen Rechte und Vorrechte für die Teilnahme Palästinas werden unbeschadet der bestehenden Rechte und Vorrechte durch die folgenden Modalitäten ausgeübt:

1. Das Recht der Teilnahme an der Generaldebatte der Generalversammlung.
2. Unbeschadet des Vorrangs der Mitgliedstaaten hat Palästina das Recht, auf jeder Plenarsitzung der Generalversammlung unter den Tagesordnungspunkten, die keine palästinensischen Fragen oder Nahostfragen betreffen, nach dem letzten Mitgliedstaat, der in die Rednerliste für diese Sitzung eingetragen ist, in die Rednerliste eingetragen zu werden.

3. Das Recht auf Antwort.
4. Das Recht, im Zusammenhang mit den Beratungen über palästinensische Fragen und Nahostfragen Anträge zur Geschäftsordnung zu stellen, mit der Maßgabe, daß damit nicht das Recht verbunden ist, die Entscheidung des den Vorsitz führenden Amtsträgers anzufechten.
5. Das Recht, Resolutions- und Beschlußentwürfe zu palästinensischen Fragen und Nahostfragen mit einzubringen. Diese Resolutions- und Beschlußentwürfe werden nur auf Antrag eines Mitgliedstaates zur Abstimmung gestellt.
6. Das Recht, Stellungnahmen abzugeben, wobei der Präsident der Generalversammlung nur einmal zu Beginn jeder Tagung der Versammlung eine einleitende Erklärung abgibt oder auf die einschlägigen Resolutionen der Generalversammlung hinweist.
7. Der Palästina zugewiesene Platz befindet sich unmittelbar nach den Nichtmitgliedstaaten und vor den anderen Beobachtern; es erhält sechs Sitzplätze im Generalversammlungssaal.
8. Palästina hat weder das Stimmrecht noch das Recht, Kandidaten aufzustellen.